

Antrag

der AfD-Fraktion

Führerscheinoffensive 2026 für Sachsens Auszubildende

Der Landtag möge beschließen:

I. Der Landtag stellt fest:

Die Ausbildungszahlen im Bereich Industrie und Handel sowie im Handwerk sind in der Gesamtschau seit Jahrzehnten im Freistaat Sachsen rückläufig. So weisen die Berufsbildungsstatistik mit dem Titel „Auszubildende im Freistaat Sachsen“ sowie die Medieninformationen des Statistischen Landesamtes aus, dass die Zahl der Auszubildenden im Bereich Industrie und Handel zwischen 2004 und 2024 um rund 21.000 (von 51.709 auf 30.363) zurückgegangen ist. Im Handwerk war im selben Zeitraum ein Rückgang um rund 11.000 (von 25.369 auf 14.733) Auszubildende zu verzeichnen. Trotz eines insgesamt leichten Anstiegs bei den neuen Ausbildungszahlen im Jahr 2024, gab es in der dualen Berufsausbildung weniger neue Ausbildungsverträge als im Berichtsjahr 2023 (0,3 Prozent).¹

Dass die wirtschaftliche und demographische Situation im ländlichen Raum noch einmal herausfordernder ist als in den sächsischen Großstädten, hat auch die Koalition erkannt. Laut Koalitionsvertrag soll angestrebt werden, ein sachsenweites, regional ausgewogenes und flächendeckendes Ausbildungsangebot zu sichern, indem die Berufsschulzentren erhalten, der Teilschulnetzplan „Berufsbildende Schulen“ fortgeschrieben und auch auf zumutbare Fahrtwege sowie sich verändernde Bedarfe in den Strukturwandel- und Transformationsregionen geachtet werden soll (S. 31).

Doch selbst ein dichtes Berufsschulnetz gewährleistet nicht automatisch eine gute Erreichbarkeit von Berufsschulen und Betrieben. Die Defizite im ÖPNV sind bekannt. Deshalb muss zur schnellen Attraktivitätssteigerung von Ausbildungsberufen auch der Individualverkehr, und zwar sachsenweit, ausreichend gefördert werden. Die Forderung nach einem Führerscheinzuschuss bekräftigt mittlerweile sogar der Präsident des Zentralverbandes des Deutschen Handwerks (ZDH).²

¹ Siehe https://www.statistik.sachsen.de/download/presse-2025/mi_statistik-sachsen-088-2025_auszubildende-duale-berufsausbildung-2024.pdf.

² Siehe <https://www.tagesschau.de/wirtschaft/verbraucher/deutschlandticket-handwerkspraesident-fuehrerschein-zuschuss-100.html>.

II. Die Staatsregierung wird daher aufgefordert,

1. einen anteiligen Landeszuschuss in Höhe von 1.000 Euro für einen Führerschein der Klasse AM, A1, A2 oder B für Auszubildende einzuführen, deren Wohnort sowie deren betriebliche Ausbildungsstätte oder berufsbildende Schule sich im Freistaat Sachsen befinden;
2. zeitnah eine entsprechende Förderrichtlinie auszuarbeiten, welche ab August 2026 in Kraft tritt;
3. dem Sächsischen Landtag ab der zweiten Jahreshälfte 2027 jährlich Bericht über die Inanspruchnahme der Förderung, insbesondere über die Summe der ausgezahlten Zuschüsse, zu erstatten.

III. Die Staatsregierung wird zudem aufgefordert, sich auf Bundesebene dafür einzusetzen, dass Arbeitgeberzuschüsse zum Erwerb eines Führerscheins steuer- und abgabenfrei gestellt werden.

Begründung:

Der Mangel an Bewerbern führt seit Jahren dazu, dass im Freistaat Sachsen angebotene Ausbildungsplätze unbesetzt bleiben. Ein Grund dafür besteht in der schlechten Erreichbarkeit von Ausbildungsstätten. Zumutbare Fahrtwege und individuelle Mobilität tragen insofern dazu bei, die Attraktivität der Ausbildung und die Bewerberzahlen zu erhöhen. Dieses Ziel soll mit den unter Ziffer II und Ziffer III geforderten Zuschüssen bzw. Vergünstigungen erreicht werden. Eine derartige Förderung ist auch deshalb geboten, weil Strecken zwischen Wohnort und berufsbildender Schule bzw. Ausbildungsstätte oftmals nicht ausreichend durch den ÖPNV bedient werden und die Kosten für den Führerschein³ mittlerweile eine echte Berufszugangshürde darstellen.

Indem mehr Auszubildende in die Lage versetzt werden, einen Führerschein zu erlangen, lassen sich mehrere Probleme zugleich lösen: Die Aussicht auf eine entsprechende Förderung würde es potentiellen Auszubildenden erleichtern, einen passenden Ausbildungsplatz zu finden und – insbesondere im ländlichen Raum – zu erreichen, zumal der Führerschein eine Voraussetzung zur Ausübung zahlreicher Berufe darstellt. Auch in Branchen, die nicht primär auf die Nutzung eines Kraftfahrzeugs angewiesen sind, kann der Besitz des Führerscheins nach der Ausbildung dazu beitragen, die Chancen am Arbeitsmarkt zu verbessern. Nicht zuletzt würde ein entsprechendes Programm bei vielen Jugendlichen dazu beitragen, ein grundsätzliches Interesse am Thema Ausbildungsberuf zu wecken. Die mit dem vorliegenden Antrag geforderten Zuschüsse bzw. Vergünstigungen stellen damit eine langfristige Investition in die zukünftige Arbeitskraft dar, von welcher die gesamte sächsische Wirtschaft profitiert. Der Zuschuss ist vorab, jedoch unter dem Vorbehalt einer bestandenen Fahrprüfung binnen eines Jahres ab Beginn der Fahrausbildung zu gewähren.

Dresden, 25.08.2025

Jörg Urban, MdL und AfD-Fraktion
i.V. Jan-Oliver Zwerg,
MdL und AfD-Fraktion



Unterschieden von
JAN-OLIVER ALDO ZWERG
am 26.08.2025

³ Siehe <https://www.ka-news.de/auto/fuehrerscheinkosten-steigen-was-steckt-dahinter-10-3-25-art-3226533>.